

10.11.2021 – 16:52 Uhr

Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni an der UN-Klimakonferenz in Glasgow

Vaduz (ots) -

Am Mittwoch, 10. November trafen sich die Umweltministerinnen und Umweltminister der Welt an der UN-Klimakonferenz in Glasgow. Hierbei standen die Herausforderungen des Klimawandels und die Umsetzung der nationalen Klimaziele im Zentrum der Gespräche. Zudem nahm Umweltministerin Monauni am Ministertreffen der Verhandlungsgruppe Environmental Integrity Group teil und nutzte die COP26 für bilaterale Treffen auf Ministerebene.

Die UN-Klimakonferenz hat das Ziel, die gemeinsamen Regeln für die Umsetzung der Klimaziele weiterzuentwickeln. Diese betreffen u.a. die internationale Klimafinanzierung, die Anforderungen an die Transparenz der Klimadaten sowie die Marktmechanismen für Reduktionsleistungen im Ausland. Nachdem S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein am 2. November am Treffen der Staatsoberhäupter teilnahm, vertrat Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni Liechtenstein am internationalen Treffen der Umweltministerinnen und -minister in Glasgow.

Weiter nahm Sabine Monauni am Ministertreffen der Verhandlungsgruppe Environmental Integrity Group (EIG) teil, zu der die Schweiz, Monaco, Mexiko, Georgien, Südkorea und Liechtenstein gehören. Als Gruppe aus Entwicklungs- und Industrieländern soll die EIG ihr Potenzial nutzen, Brücken zu bauen. An den bilateralen Treffen mit Island, Monaco, Luxemburg und der Schweiz tauschte sich Regierungschef-Stellvertreterin Monauni über die nationalen Klimaziele und die damit verbundenen Massnahmen und Herausforderungen aus. Zudem schloss sich Liechtenstein auf Initiative der USA dem "globalen Methan-Pakt" an, mit welcher eine Reduktion der weltweiten Methan-Emissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 30 % angestrebt wird.

Um die Folgen des globalen Klimawandels auf Wirtschaft und Gesellschaft zu reduzieren, hat sich die weltweite Staatengemeinschaft 2015 auf das Übereinkommen von Paris geeinigt. Dieses nahm die Empfehlungen des Weltklimarats auf, den globalen Klimawandel auf möglichst 1.5°C zu begrenzen. Dazu ist ein rascher Rückgang der Treibhausgasemissionen und eine weitgehend globale Dekarbonisierung notwendig. Modellierungen zeigen, dass eine Begrenzung des Klimawandels auf 1.5°C eine Netto-Null Bilanz der globalen Emissionen bis zum Jahr 2050 erfordert. Liechtenstein hat sich mit der Ratifizierung des Abkommens auf den Pfad von Netto-Null bis 2050 verpflichtet. In diesem Zusammenhang sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40% gegenüber dem Stand von 1990 reduziert werden, wobei primär eine Reduktion im Inland angestrebt wird.

Die 26. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen findet vom 31. Oktober bis 12. November 2021 in Glasgow, Schottland statt und wird vom Vereinigten Königreich in Partnerschaft mit Italien ausgerichtet. Auf der Konferenz überprüfen die Vertragsparteien die Fortschritte bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen des Ziels des Übereinkommens von Paris. Dabei ist eines der wichtigsten Vorhaben, das 1.5°C Ziel in Reichweite zu halten und weitere Anstrengungen zur Zielerreichung zu unternehmen. Zudem sollen gemeinsame Regeln für die Buchhaltung der Treibhausgase vereinbart werden, sowie Vorschriften zur Transparenz über den Ausstoss und die Effekte der jeweiligen Politik und zu den Kompensationsleistungen im Ausland bestimmt werden. Liechtenstein setzt sich für ein robustes Regelwerk ein, das volle Transparenz gewährt und Doppelzählungen von Emissionen verhindert.

Pressekontakt:

Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt
Markus Biedermann, Generalsekretär
T +423 236 64 44

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100880869> abgerufen werden.